

# Das freie Unternehmertum in England

Autor(en): **Linder, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 7

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161372>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Das freie Unternehmertum in England

WILLY LINDER

*Unsere Zeitschrift beginnt mit diesem Aufsatz eine in zwangloser Reihenfolge erscheinende Artikelserie über die spezifischen Merkmale des freien Unternehmertums in verschiedenen Ländern. Jeder Aufsatz wird die nationalen Eigenheiten des Unternehmertums eines bestimmten Landes zur Darstellung bringen. Um die Aufsätze wirklichkeitsnah zu gestalten, haben die Verfasser Gespräche mit repräsentativen Persönlichkeiten des Unternehmertums und auch mit Vertretern anderer Wirtschaftskreise geführt.*  
Die Redaktion

## *Das historische Erbe — Durchbruch zur Neuzeit*

Das freie Unternehmertum im modernen Sinne des Begriffes ist ein *Produkt der industriellen Revolution*, jenes Ausbruchs aus den mittelalterlichen und spätmittelalterlichen Städte- und Staatswirtschaften, die das Wirtschaftliche noch weitgehend als *Humanum* begriffen hatten. Das Handwerkertum wurzelte in diesen frühen Epochen tief in der Kunst und war über weite Strecken Spiegelbild des religiösen Lebens, das die damalige Gesellschaftsordnung durchdrang, wobei die Dominanz des Religiösen in der wirtschaftlichen Ausprägung entwicklungsgeschichtlich auf die *Agrarwirtschaft* zurückgeht, auf die «Produktion aus der Natur», auf die Auseinandersetzung des Menschen mit dem schöpferischen Wirken der Natur. Dieses Verhältnis des Menschen mit der Natur findet noch heute sichtbaren Ausdruck in den zahlreichen religiösen Riten, mit denen das landwirtschaftliche Leben durchsetzt ist. Das Handwerk andererseits war nicht Ausdruck der Individualkunst, sondern es schöpfte seine Impulse aus der Stadt, aus der Landschaft, aus der Gemeinschaft — es war Volkskunst. Diesen Wirtschaftsformen haftete weitgehend die Qualität des *Autarken* an; der «Schutzgedanke», besonders derjenige der Bevölkerung und ihrer gewerblichen Wirtschaft, determinierte die wirtschaftspolitische Marschrichtung, die deshalb stark interventionistische Züge trug. Das Unternehmertum war eine noch wenig wirksame Dimension im Kräftediagramm der Wirtschaft.

Bereits im 15. und 16. Jahrhundert zeichnen sich indessen die ersten — vorläufig noch wenig auffälligen — *Einbruchstellen* ab, die sich einige Jahrhunderte später zur Zurückdrängung und teilweise völligen Auflösung der Gewerbewirtschaften lokaler und staatlicher Ausprägung ausweiten sollten. Es wäre etwa daran zu erinnern, daß bereits in den britischen Kolonialwirtschaften Elemente einer *verkehrswirtschaftlich begründeten wirtschaftlichen Tätigkeit* enthalten waren.

Diese Entwicklungslinie mündet im Zeitalter der staatlichen Manufakturen in den spezifischen Merkmalen jener Epoche aus, die als *Merkantilismus* in die Geschichte eingehen sollte; sie ist auf dem Kontinent geprägt durch den Druck der staatlichen Allmacht, durch die staatliche Bevormundung, die weite Sphären des menschlichen Lebens beherrschte und damit vielfach auch jene Regungen unterdrückte, die als Vorboten der Virulenz des freien Unternehmertums auftraten. In England erreichte jedoch der staatliche Interventionismus nie jene Breitenwirkung wie auf dem Kontinent, so daß sich in diesem Lande die privatwirtschaftliche Initiative wesentlich früher entfalten konnte.

Im 16. Jahrhundert hat sich diese Entwicklung im *England der Königin Elisabeth* besonders tief in die Geschichte eingegraben. Nicht nur trat unter ihrer Herrschaft das Gewerbe in eine allgemeine Blütezeit ein; in der Epoche Elisabeths wurden auch die Fundamente der damals schon zu Ansehen gelangenden englischen Textilindustrie gelegt. Sie beinhaltete bereits ein beachtliches Maß an «unternehmerischen Potenzen». Die Tatsache, daß das frühe Geschichtsbild Englands mit jenen Charakteristiken, die später für das Zeitalter der Industrialisierung als typisch bezeichnet wurden, besonders reich durchsetzt ist, kann sicherlich in keinem geringen Maße auf die gegenüber dem Kontinent andersgerichtete Bedeutung zurückgeführt werden, die der *Absolutismus* als geschichtliches Kondensat der staatlichen Allmacht zu spielen vermochte. Die absolutistischen Gelüste der englischen Könige, so vor allem der Stuarts, scheiterten immer wieder am Widerstand der Kaufleute und Reeder, die, zusammen mit den Gutsbesitzern, sich als die wichtigsten Träger der *demokratischen Freiheitsrechte* hervortaten. Dieser Kampf fand in den berühmten Habeas-Corpus-Akte (1679) und ein Jahrzehnt später in der Bill of Rights (1689) eine erste Krönung. Während sich auf dem Kontinent die Bleigewichte des Absolutismus auf die freiheitlichen Regungen senkte, wandte sich England damals schon den Formen der *konstitutionellen Monarchie* zu, womit es bereits lange vor der Französischen Revolution jene Ventile öffnete, die die großartige technische und wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes auf dem Boden des freien Unternehmertums ermöglichte.

Schumpeter weist etwa darauf hin, daß eine der hervorstechendsten Entwicklungen des 16. Jahrhunderts in England, die auf eine Entfaltung der Unternehmertätigkeit hindeutet und einige ihrer Auswirkungen auf die Handelsmethoden zusammenfaßt, in der *Spezialisierung der Kaufleute*, die den Groß- vom Kleinhandel und den Binnen- vom Außenhandel trennt, zu sehen ist<sup>1</sup>. «Diese Tendenz reicht zeitlich weit zurück, aber sie wurde damals durch die Regierung und die interessierten Parteien intensiviert und institutionell so verankert, daß selbst eine frühere Tätigkeit im Kleinhandel die Mitgliedschaft in den Gesellschaften der Großhändler ausschloß, denen allein der Name

<sup>1</sup> A. Joseph Schumpeter: «Konjunkturzyklen I», Göttingen 1961, S. 257.

*mercatores* vorbehalten wurde. Diejenigen unter ihnen, die sich dem Seehandel widmeten, wurden *mercatores venturarii* genannt, und eine dieser Gruppen, die als Körperschaft auftrat und in den neunziger Jahren des fünfzehnten Jahrhunderts in Parlamentsaufzeichnungen auftaucht, wurde in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts zu einer zugelassenen Gesellschaft mit dem Titel: ‚Governor, Assistants and Fellowship of the Merchant Adventurers of England‘ gemacht. Im Verein mit der Eastland Company (die im Jahre 1579 eine anerkannte Gesellschaft wurde) waren sie die mächtigste Körperschaft zur Organisation und zum Schutze des Seehandels im sechzehnten Jahrhundert und erfreuten sich vieler ausschließlicher Rechte (zum Beispiel des Rechts der Tuchausfuhr nach den Niederlanden bis 1688). Aber sie waren nicht eigentlich eine Handelsgesellschaft, wie wir sagen würden, und ihre Juristen wiesen immer wieder darauf hin, daß sie keine Monopolisten im technischen Sinne des Wortes waren, was formal auch zutraf. » Aus diesen Anfängen entwickelte sich indessen das eigentliche Gesellschaftsunternehmen<sup>2</sup>.

Erst das auslaufende 18. und das beginnende 19. Jahrhundert bringen dann allerdings jenen endgültigen Durchbruch, der sich auf der politischen Ebene innerhalb der Grenzen des Kontinents mit dem eruptiven Ausbruch der Französischen Revolution anmeldet und sich im wirtschaftlichen Sektor in der Aufhebung der Zünfte, in der Abnahme der staatlichen Interventionen und in der *Proklamierung der Freiheit des Erwerbs und des wirtschaftlichen Verkehrs manifestiert*. England hatte die Umwälzungen, die auf dem Festlande durch die mit elementarer Wucht freigelegten Energien ausgelöst wurden, in eine weit in die Geschichte zurückreichende *evolutionäre Entwicklung* größtenteils vorweggenommen. Es muß dabei aber erkannt werden, daß die damalige Zeit für eine *Neuordnung der Wirtschaftspolitik* reif war, ja daß sie eine Reform der wirtschaftspolitischen Konzeption geradezu provozierte; denn die steigende Bedeutung des Handels und des Kapitals, die Entstehung der industriellen Produktion, erforderten den Durchbruch zu einem neuen wirtschaftspolitischen Denkstil und der daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Institutionen, unter denen das freie Unternehmertum eine hervorragende Stellung einnehmen sollte.

An diesem Kreuzweg der Geschichte beginnt die *Ära des Hochkapitalismus*, die im Zeichen des *Liberalismus* den «Lebensraum» für den freien Unternehmer erst schafft. Unter dem Motto: «Pour gouverner mieux, il faut gouverner moins!», wird die Befreiung des Individuums von staatlichem Zwang gefordert und auch durchgesetzt. Der «Liberalismus klassischer Prägung» ist untrennbar mit der *Idee des Individualismus* gekoppelt, die da postuliert, daß die Ver-

<sup>2</sup> R. W. Scott: «The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint Stock Companies to 1720», London 1912. In diesem Werk wird festgehalten, daß 1695 in England insgesamt 140 Gesellschaften mit einem Kapital von 4,5 Mill. £ bestanden, von denen weniger als ein Fünftel vor 1688 gegründet wurden; das gesamte Geschäftskapital stieg bis 1717 auf beinahe 21 Mill. £.



haltungsweise des einzelnen nach dem Gefälle seiner höchst persönlichen wirtschaftlichen Interessenlage auch den Bedürfnissen der Gemeinschaft am besten diene. Das geflügelte Wort: «Der Staat hat nur dem Schutze des Bürgers zu dienen», reflektiert die überall in neuem Glanze entstehenden Freiheitsrechte.

Was waren denn nun in England die typischen Profile, die an der «Geburtsstunde» des freien Unternehmertums die Silhouette der wirtschaftlichen Landschaft bestimmten? Auf die einfachste Formel reduziert könnte man sie als die *Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsform* bezeichnen; diese Formel impliziert die Formung der *Marktwirtschaft*, die auf die Aufnahmefähigkeit eines Marktes dimensionierte Produktion — sie appelliert an die Konsumbedürfnisse eines «anonymen» Verbrauchers —, die Erkenntnis weiter, daß die *Arbeitsteilung* eine höhere Ebene der wirtschaftlichen Rationalität bedeutet, die sich nicht nur auf dem nationalen, sondern besonders auf dem internationalen Boden fruktifizieren läßt (Außenhandel!), und schließlich die Einsicht, daß der *Einsatz von Kapitalgütern*, der durch den raschen technischen Fortschritt begünstigt wurde, die Potenz der menschlichen Arbeitskraft vervielfachen kann. Es vollzieht sich eine Änderung in der Produktionsstruktur, die sich im Aufbau der kapitalistischen Unternehmung darbietet und die sich — auf der Ebene der Eigentumsordnung — in der Zusammenfassung der Produktionsmittel in den Händen des Unternehmers niederschlägt. In der Umstrukturierung der Eigentumsordnung — eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung der Privatwirtschaft — muß ebenfalls ein spezifisches Kennzeichen des Hochkapitalismus erkannt werden.

An der Wiege des modernen freien Unternehmertums steht mithin die *industrielle Revolution*, von der Prof. *Max Silberschmidt* sagt<sup>3</sup>: «Ich möchte als Zeitalter des Industrialismus jene Etappe im Geschichtsablauf verstehen, in der die Manifestationen der Massenversorgung auf Grund maschineller Verfahren soziale, organisatorische, finanztechnische, rechtliche Neuerungen und Verlagerungen bewirkten, die — im Zusammenhang mit der modernen nationalen Staatenbildung — das Leben einer viel größeren Zahl von Menschen möglich gemacht hat.» Es wäre grundfalsch, die industrielle Revolution als einen auf wenige Jahre oder Jahrzehnte komprimierten Vorgang zu sehen. Die Formel «industrielle Revolution» ist auch insofern irreführend, als sie einen evolutionären und nicht einen revolutionären Prozeß anzeigt, der sich über die Jahrhunderte ausdehnt und der die erwähnten Merkmale des Industrialismus nur über eine sehr lange Zeitspanne zur vollen Reife, zum deutlich erkennbaren Charakteristikum heranwachsen läßt. Es wird vielfach nicht beachtet, daß sich die «industrielle Revolution», soweit sie allein die Sphäre der Produktion anspricht, im 18. Jahrhundert in England zur Hauptsache auf die Textil- und Eisenindustrie beschränkte und daß noch im Jahre 1830 die Mehrzahl aller

<sup>3</sup> Schweizerische Hochschulzeitung, 29. Jahrgang, Nr. 6, 1956, S. 331.

Arbeiter außerhalb den Fabriken ihr Auskommen fanden. Die Erfindungen eines Hargreaves, Compton oder Watt stehen nicht am Anfang des industriellen Zeitalters; die Tätigkeit dieser epochalen Erfinder fiel mit Änderungen im britischen Bankensystem, mit Verschiebungen in den Institutionen und Instrumenten des Handels, mit sozialen und soziologischen Umschichtungen, mit Änderungen in den wirtschaftlichen Verhaltensnormen zusammen, deren Anfänge weit in die Geschichte zurückreichen und die ihren Reflex nicht zuletzt auch in Bevölkerungsbewegungen fanden. Liverpool, der Zugangsort zum Meer, erhöhte seine Bevölkerung zwischen 1680 und 1760 um das Zehnfache, und Manchester, die Handels- und Gewerbestadt, wies zwischen 1717 und 1773 einen Bevölkerungszuwachs um das Fünffache auf<sup>4</sup>.

Vermutlich ist der Begriff «industrielle Revolution» als Gegensatz zur «politischen Revolution» in Frankreich gesetzt worden; er hat jedoch erst durch den englischen Sozialreformer *Toynbee* seine heutige Popularität erhalten, und zwar auf Grund seiner 1881 gehaltenen Vorlesungen, die unter dem Titel *The Industrial Revolution of the Eighteenth Century in England* publiziert wurden. Mit Recht fragt deshalb Schumpeter in seinem umfassenden und weitausholenden Werk über die Konjunkturzyklen mehrfach, ob man berechtigt sei, einen Prozeß, der die Periode vom 13. Jahrhundert bis zum 20. Jahrhundert überspannt — und selbst heute noch nicht abgeschlossen ist — als industrielle Revolution zu bezeichnen.

Mit der Entstehung der industriellen Produktion reißen nun mehr und mehr jene Fäden, die in früheren Perioden die wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Künstlerischen und Religiösen, mit außerökonomischen Bereichen des menschlichen Lebens verbanden, ab. Und mit der Hinwendung zur *utilitaristisch konzipierten Konsumgüterwirtschaft*, die primär ein materiell motiviertes Zweckstreben zum Ziele erhebt, wird die Wirtschaft in ständig größerem Maße zur «reinen, zur atomistischen Wirtschaft»; sie gewinnt damit für die Menschen eine unendlich größere Bedeutung, als dies in früheren Zeiten der Fall gewesen war.

Diese Entwicklung mußte sich natürlich auch in den *nationalökonomischen Lehren* spiegeln, die sich in der Folge, so formuliert es wiederum Prof. Silberschmidt, «immer mehr zur ‚reinen Theorie‘ entwickelten, während die Gesellschaftswissenschaft (Soziologie) den Gedanken der sozialen Reform mit der Zielsetzung einer neuen Kulturpolitik verband<sup>5</sup>». Der erste, der vor etwas mehr als 100 Jahren die Bedeutung des Wirtschaftlichen für die Zukunft des Menschen erkannte, war *Karl Marx*. Die Vision seiner Entdeckung faszinierte ihn derart, daß er sie zur Grundlage seiner Lebensaufgabe machte. Aber wie

<sup>4</sup> Vgl. hierzu: Dorothy George: «England in Transition», London 1962, 3. Auflage, S. 100ff.

<sup>5</sup> Max Silberschmidt: «Die Bedeutung des Unternehmers in weltgeschichtlicher Sicht», Zürich 1956, S. 8.

so manche Visionäre überschätzte auch er seine Entdeckung, indem er sie mit der «Dimension des für alle Zeiten Gültigen» ausstattete.

Es ist sicherlich mehr als ein bloßer Zufall der Geschichte, daß Marx zu einem wesentlichen Teil sein Weltbild im Blick auf jene düstern Farben entwarf, in denen sich die *sozialen und soziologischen Verhältnisse in Großbritannien* in der Frühphase der Industrialisierung herauskristallisierten. «Marx und Engels gingen so vor, daß sie die Struktur des Arbeitsverhältnisses durch die gesamte Geschichte der Menschheit, also ab ovo, zu durchleuchten suchten. Ihre Interpretation der Geschichte als eines permanenten Klassenkampfes stellt eine phantastische Rückprojizierung der aus der gründerkapitalistischen Ära im England des frühen 19. Jahrhunderts geschauten und beobachteten Verhältnisse auf die gesamte Weltgeschichte dar<sup>6</sup>.» England tritt damit in der Geschichte als Ort jener Quellen auf, aus denen sich bisweilen mit ungestümeer Macht die Kräfte lösten, die als Vorboten einer Entwicklung auftraten, welche nicht nur für dieses Land, sondern für Europa schlechthin den Übergang zu einer neuen Epoche signalisierten. Und es ist denn auch wiederum nicht als Spiel des blinden Glücksfalls anzusehen, daß England zum Standort jener Wirtschaftswissenschaftler wurde, die als *nationalökonomische Klassiker* (Adam Smith, Robert Malthus, David Ricardo und ihre Epigonen) in die Dogmengeschichte eingegangen sind; sie präparierten mit ihren Lehren des «klassischen Liberalismus» das ideologische Klima, das für die *Ausbreitung und Vertiefung der industriellen Gesellschaft* absolut notwendig war. Die einheitliche Grundlinie bei den britischen Vertretern der «klassischen Schule» kommt darin zum Ausdruck, daß der Charakter der Verkehrshaftigkeit aller wirtschaftlichen Vorgänge betont wird. «Die Sozialität wirtschaftlicher Probleme wird in prägnanter Weise in die wirtschaftliche Verkehrshaftigkeit gefaßt», wobei den Preisgesetzen eine zentrale Stellung zugewiesen wird, um die sich stufenförmig alle andern Probleme lagern<sup>7</sup>.

Die Entstehung des Hochkapitalismus und damit jener wirtschaftlichen Bedingungskonstellation, innerhalb der sich die *Privatwirtschaft* und das freie Unternehmertum zu ihrer heutigen Bedeutung entfalten konnte, muß weiter auf den Hintergrund des *Aufklärungsoptimismus* der «Klassiker» projiziert werden, dessen entwicklungsgeschichtliche Wurzeln in England bis zu den individualistischen Philosophen des ausgehenden 17. Jahrhunderts zurückgehen. Adam Smith bezieht sich in der ideologischen Ausgestaltung seines Weltbildes, so wie es in der «Enquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nation» niedergelegt ist, beispielsweise auf die Werke eines David Hume, «... dem unvergleichlich berühmten Philosophen und Geschichtsschreiber unserer Zeit». Der Aufklärungsoptimismus erzeugte jene ideologischen Spannungs-

<sup>6</sup> Max Silberschmidt: «Hochschulzeitung», a. a. O., S. 329.

<sup>7</sup> Anton Tautscher: «Geschichte der Volkswirtschaftslehre», Wien 1950, S. 60f.

felder, die zur *individualistischen Wirtschaftsordnung des Hochkapitalismus* führten, in der die wirtschaftliche Betätigung grundsätzlich zur Sache des einzelnen Bürgers erklärt und die Aufgaben des Staates auf die Setzung der dazu notwendigen Ordnungsfunktionen zurückgeworfen wurde. Die in England beheimateten «Klassiker der Nationalökonomie» wiesen in ihrem theoretischen Gebäude nach, daß dann, wenn in einer subjektiven, in der Achtung vor den persönlichen Freiheitsrechten gegründeten Wertordnung dem einzelnen ein möglichst großer Spielraum für die Realisierung seiner persönlichen Interessen belassen wird, nicht nur der höchste Wohlstand zu erreichen ist, sondern über den Mechanismus des Wettbewerbs auch dem Fortschritt am besten gedient sei und endlich die Wirtschaft von einer Tendenz beherrscht werde, die auf lange Sicht ständig zu einem *Gleichgewicht* gravitiere. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dem System des großen Schotten die *Idee einer prästabilierten Harmonie* zugrundeliegt<sup>8</sup>.

England ist damit zum Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen Konzeption geworden, die nicht nur für das freie Unternehmertum ein außerordentliches Gewicht erhielt, sondern die auch dafür verantwortlich gemacht werden kann, daß sich der wirtschaftliche Individualismus ohne wesentliche Erschütterungen bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges zu halten vermochte. Charakteristisch ist für ihn das *generelle Mißtrauen gegen die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates*, und zwar sowohl gegen den Staat als Unternehmer wie auch als Instanz des wirtschaftspolitischen Interventionismus. Diese Auffassung spiegelt sich etwa besonders deutlich im Bericht einer Untersuchungskommission des englischen Unterhauses, der für die stimmungsmäßigen Schwingungen des britischen Gesetzgebers der damaligen Zeit durchaus repräsentativ ist und in dem nach S. und B. Webb in der *History of Trade Unionism* ausgeführt wird: «Jede Einmischung der Gesetzgebung in die Freiheit der Industrie und in die völlige Freiheit jedes Individuums, über seine Zeit und seine Arbeit in der Weise und zu den Bedingungen zu verfügen, die es in seinem eigenen Interesse für die vorteilhaftesten hält, bedeutet eine Verletzung der allgemeinen Grundsätze, die für die Wohlfahrt und das Glück der Gemeinschaft von höchster Bedeutung sind.»

Gerade in dieser Beziehung aber sollte der individualistische Wirtschaftsliberalismus in der dem Hochkapitalismus folgenden Ära tiefgreifende Wandlungen erfahren, indem sich das Verhältnis zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat in eine — allerdings nicht immer erfolgreiche — aktive Symbiose umsetzte; und dies ganz besonders in England, das sich mit seiner ausgeprägten *Hinwendung zum Wohlfahrtsstaat* zu einem «Interventionskoeffizienten» bekannte, der, an den Maßstäben der freien Welt gemessen, sicherlich noch heute über dem Durchschnitt liegt. Für unser Thema ist dies insofern von Wichtig-

<sup>8</sup> Werner Sombart: «Die drei Nationalökonomien», München/Leipzig 1950, S. 42.



keit, als damit der Radius des Aktionskreises, in dem sich die Privatwirtschaft frei bewegen kann, unmittelbar determiniert wird. Wenn wir somit festgestellt haben, daß die Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus klassischer Prägung bis in das erste Dezennium des 20. Jahrhunderts als herrschende Doktrin der Wirtschaftspolitik Bestand hatte, so heißt das natürlich nicht gleichzeitig, daß sie etwa auch über diese ganze Periode hin unangefochten geblieben wäre; vielmehr ist sie schon frühzeitig ins Schußfeld mannigfacher Kritiken geraten. Die Verästelungen jener zahlreichen Kritiken nachzuzeichnen, die die Brauchbarkeit des individualistisch gefärbten wirtschaftlichen Liberalismus anzweifeln, müßte den Rahmen dieses Aufsatzes indessen bei weitem sprengen. Es sei lediglich skizzenhaft darauf hingewiesen, daß schon in den Reihen der Klassiker selbst der Argwohn sich einnistete und daß in der grundlegenden *Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen* von *Charles Gide* und *Charles Rist* das den «Klassikern» gewidmete erste Kapitel über «Die Begründer» in einen mit «Die Optimisten» und einen mit «Die Pessimisten» überschriebenen Abschnitt unterteilt worden ist. Es ist in diesem Zusammenhang auch sicherlich symptomatisch, daß Ricardo — unwissentlich — als Lieferant jenes wirtschaftstheoretischen Instrumentariums auftrat, das später einem Karl Marx als Grundlage für die wirtschaftliche Motivierung seiner visionären Weltanschauung diente. Und weiter könnte darauf hingewiesen werden, daß das «soziale Gewissen» in *Robert Owen*, einem erfolgreichen Unternehmer in New-Lanark, damals vielleicht die originellste Ausprägung in England fand; er versuchte erstmals, den «Motor der freien Wirtschaft» im «Klima eines sozialen Milieus» laufen zu lassen. Trotzdem er mit seinen Ideen nicht durchzudringen vermochte, kann Owen in der geschichtlichen Rückblende doch als Vorläufer jenes Unternehmertyps angesprochen werden, der — was heute längst zu einem festen Bestandteil der unternehmerischen Aufgabe geworden ist — die *soziale Verantwortung* als Teil seiner Tätigkeit deutet.

Die sozialen Zustände, die vielfach in grellem Gegensatz zur großartigen Entfaltung der Wirtschaft und der Technik standen, forderten weiter etwa den Widerspruch des Schotten *Carlyle* heraus, der — wie später ein *Dickens* — in seinen Schriften das soziale Gewissen aufrüttelte und damit das soziale Interesse weckte. Es kann nicht erstaunen, daß bei alledem England zur Heimat der ersten *Trade Unions* wurde, die sich vielleicht als die wichtigsten Gegenspieler der Unternehmer herausstellten.

Die entscheidenden Stöße erhielt der klassische Wirtschaftsliberalismus und damit das bisher im wesentlichen nur von den Sozialgesetzen in seinem Aktionsfeld eingeschränkte Unternehmertum durch die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ereignisse, die während der dem ersten Weltkrieg folgenden zwei Jahrzehnte «die alte Welt» von Grund auf umgestalteten. Für das freie Unternehmertum entscheidend war der Beginn jener Epoche, die etwa ein *Sombart* als diejenige des *interventionistischen Staates* bezeichnete. Die zahlreichen

Kritiker des «Laissez-faire» trafen sich in der Überzeugung, daß das völlig freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte der von den Klassikern gepriesenen Wirtschaftsordnung nur auf die Herstellung eines *langfristigen* Gleichgewichtes tendiere (Keynes: «Auf lange Frist sind wir alle tot!»), und mit dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren, die in England eine heute kaum mehr vorstellbare Arbeitslosigkeit von 22% (1932) und die Schrumpfung des Außenhandels auf den tiefsten je verzeichneten Stand brachte, zusammen mit dem Rückzug der Wirtschaftspolitik in das Ghetto der nationalen Grenzen, war das Schicksal des klassischen Wirtschaftsliberalismus besiegelt. Damit gehörte auch die wirtschaftliche Freiheit des Unternehmers im Sinne des manchesterlichen Vorbildes, im Sinne einer patriarchalisch strukturierten Betriebsordnung, der Vergangenheit an.

Diejenigen, die dem Staat wieder eine aktive Rolle im Wirtschaftsleben zuerkennen wollten, die die öffentliche Hand zum Einsatz spezifischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Blick auf die Überwindung der Defekte der Wirtschaftsordnung des klassischen Wirtschaftsliberalismus anriefen, gewannen mehr und mehr an Einfluß. Die Strömungen des *konstruktiven Interventionismus* bewegten sich damals prinzipiell auf zwei Ebenen. Die einen sprachen der freien Wirtschaft und damit auch dem freien Unternehmer jede Fähigkeit ab, aus sich selbst heraus die Kräfte zur Vollbeschäftigung, zur Realisierung eines ständig steigenden Lebensstandards, zu aktivieren; sie forderten — allen voran natürlich die Labour Party — die Intronisierung der *Planwirtschaft* und die *Nationalisierung* wesentlicher Teile der Privatwirtschaft, so besonders der Grundstoff- und der Schwerindustrie. Darin äußerte sich vielleicht die *schwerste Bedrohung des freien Unternehmertums* in England.

Auf der andern Seite standen die Exponenten einer Theorie, die durch eine *Reform der kapitalistischen Wirtschaftsordnung* ihre Existenz zu retten suchten. Schon im Jahre 1926 fordert Keynes, ohne Zweifel der wichtigste und einflußreichste Exponent dieser Gruppe, in seinem Buch über «Das Ende des Laissez-Faire» die Neuüberdenkung der Grundlagen der Wirtschaftsordnung. In seinem umfassenden Werk, der *General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), ist jenes in seiner Art großartige wirtschaftstheoretische Gebäude entworfen, das nicht nur den englischen Zweig der Wirtschaftswissenschaften, sondern die Nationalökonomie schlechthin aufs tiefste revolutionierte und die Argumentation für eine interventionistische Wirtschaftspolitik liefern sollte.

Es muß indessen klar herausgestellt werden, daß der Akzent der Keyneschen Konzeption auf der *Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung*, freilich in veränderter Form, angelegt ist. Die Vorzüge des wirtschaftlichen Liberalismus, die von Keynes nicht angezweifelt wurden, sollten zur Erreichung einer «optimalen Wirtschaftsordnung» mit einem System von «semi-autonomous corporations», eigentlichen Interventionsorganen — auf die in diesem Zusammenhang nicht näher einzutreten ist —, ergänzt werden. Keynes ver-



neinte ausdrücklich die Zweckmäßigkeit, Staatsorganen interventionistische Funktionen zuzuerkennen. In der Gestaltung der Interventionsorgane, die als halbautonome Körperschaften eine Mittelstellung zwischen der privaten Unternehmung des Kapitalismus und dem modernen Staat einnehmen, ist bei Keynes oft eine Annäherung an die sozialistische Wirtschaftsordnung, eine Tendenz zur Selbstsozialisierung der Wirtschaft gesehen worden<sup>9</sup>.

Es kann somit gesagt werden, daß im System von Keynes die *Fundamente des freien Unternehmertums grundsätzlich gefestigt* werden sollten, wobei diese Zementierung allerdings mit einer Einbuße an Aktionsfreiheit bezahlt werden muß. Deshalb ist es sicherlich nicht richtig, wenn die englischen Sozialisten Keynes bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit als Zeuge für die Begründung *ihrer* interventionistischen, ihrer planwirtschaftlichen Gelüste reklamieren, denn er unterscheidet sich von ihnen nicht nur graduell, sondern vielmehr prinzipiell. Er verkörpert das «wirtschaftliche Gewissen» eines privatwirtschaftlichen, freiheitlichen Unternehmertums, wobei allerdings, das ist nicht zu leugnen, sein «ökonomisches Weltbild» in manchen Teilen eine Landschaft erstehen läßt, in der die Labours mit Wonne spazieren! Nur im Lichte dieses «bequemen Irrtums» ist beispielsweise die Feststellung von *John Strachey*, einem angesehenen Mitglied der Labour Party, in seinem kritischen Buche «Contemporary Capitalism» (London 1959), die in diesem Zusammenhang als symptomatisch bezeichnet werden kann, zu würdigen:

«Keynes' biographer, Mr. Harrod, has laboured hard to prove the true respectability of his subject. But it has been in vain. In vain does he emphasise and re-emphasise Keynes' anti-socialism, which was indeed strong: in vain does he describe how Keynes made half a million pounds for himself on the Stock Exchange; in vain does he quote, like a testimonial, a letter from Keynes to Professor Hayek expressing sympathy with Hayek's more hysterical anti-socialist propaganda; in vain... The fact remains that Keynes said that capitalism was not self-regulating: that it was necessary for some authority consciously to regulate its workings or it would destroy itself» (S. 214f.).

Keynes wurde hier erwähnt, weil sich an seinem wechselvollen Schicksal die Strahlen, die damals die wirtschaftspolitische Landschaft des freien Unternehmertums beleuchteten, vielleicht am deutlichsten brechen. Nur unter dieser Voraussetzung ist das Echo der «Neuen Wirtschaftstheorie» zu verstehen; nur unter dieser Voraussetzung auch ist der Weg Großbritanniens zum Wohlfahrtsstaat zu begreifen, der als Reaktion der reformistischen Kräfte, die in England in besonders konzentrierter Form auftraten, ergibt. Selbstverständlich ist diese Entwicklung durch den zweiten Weltkrieg, der die Einführung einer kriegsbedingten Planwirtschaft notwendig machte, in entscheidendem Maße gefördert worden.

<sup>9</sup> Rudolf Geiger: «Die Entwicklungstendenz des Kapitalismus bei Keynes, Schumpeter und Burnham», Winterthur 1959.

Großbritannien hatte damit einen Kreis abgeschritten, der vom Freihandelsland «par excellence», vom «Modellfall» einer wirtschaftspolitischen Landschaft des freien Unternehmertums, bis in die ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg zum Experimentierfeld des Interventionismus, zu einem Land mit bisweilen prohibitiven Zöllen führte.

### *Die Gegenwartsprobleme*

#### *Das freie Unternehmertum unter der Herrschaft der Labour Party*

Unter der Labourregierung der Nachkriegszeit nahm die *Tendenz zu einer verstärkten staatlichen Aktivität* und damit zu einer weiteren Einbegrenzung des freien Unternehmertums vorerst noch ihren Fortgang; die Sequenz der Ereignisse, die diese Entwicklungsrichtung anzeigt, schlug eine beängstigende Gangart ein: am 11. Mai 1946 wird die Bank von England nationalisiert, nachdem sie seit dem Jahre ihrer Gründung (1694) privatwirtschaftlich organisiert war; am 4. Januar 1947 folgt die Überführung der Kohlenindustrie und am 1. April 1948 die Transformation der Elektrizitätswirtschaft in den Staatsbesitz; zwei Monate später wurden Teile der Transportwirtschaft der staatlichen Kontrolle unterworfen; am 5. Juli des gleichen Jahres unternimmt Großbritannien mit der Einführung des National Health Service den entscheidenden Schritt auf dem Wege zum *Wohlfahrtsstaat*; im letzten Jahre der Labourherrschaft (1951) wird der privatwirtschaftliche Status der Stahlindustrie aufgehoben. Außerdem wird der Angriff auf das freie Unternehmertum indirekt geführt: die «Politik des billigen Geldes» beraubte weite Bereiche der *City* ihrer Bewegungsfreiheit; Preis- und Devisenkontrollen, Kreditvorschriften und Dividendenbeschränkungen sowie der Übergriff der öffentlichen Hand auf die Investitionen verstärkten die Klammer des Staates in entscheidendem Maße.

Man darf bei einer Betrachtung dieser Vorgänge nicht vergessen, daß die Labours als ihr erstes praktisches Manövergelände ein England übernahmen, das noch im Banne der kriegswirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung stand, das mithin bereits jenen *Kontrollapparat* zur Verfügung stellte, den die Labour-Regierung für ihre Zwecke erben und einsetzen konnte. Die Mechanik der Planung war damals bereits durch die Kriegswirtschaft vorgezeichnet und hatte nichts mit der Entdeckung einer neuen sozialistischen Planungstechnik zu tun. In diesem Punkte manifestierte sich vielleicht *die* entscheidende Lücke im ideologischen Unterbau der Labour Party, indem sie nicht fähig war, eine eigene, originelle und typisch sozialistische Planungskonzeption zu präsentieren, sondern sich weitgehend auf jenen Geleisen bewegte, die die Koalitionsregierung unter Churchill in der Kriegswirtschaft gelegt hatte. Natürlich versuchte die Labour Party den «Erfolg» der planungspolitischen Institutionen

an ihre Fahnen zu heften. «Some of the credit fairly belonged to it: its leaders were providing strong government and were maintaining control over what was in effect a war economy with civilian purposes<sup>10</sup>.»

Die sozialistische Eudämonie hatte jedoch keinen langen Bestand. *Andrew Shonfield* stellt in seiner *British Economic Policy since the War* lakonisch fest, daß «the Labour Party's periode» schon 1948 erschöpft war<sup>11</sup>; die sozialistische Stoßkraft, die das freie Unternehmertum in seinem Spielraum entscheidend einengte, hatte drei Jahre nach dem Kriege bereits an Wirkung in starkem Maße eingebüßt. Vielleicht trug zu dieser Entwicklung nicht wenig die Tatsache bei, daß die Labour Party *keinerlei positive Politik zugunsten des freien Unternehmertums* zu entfalten vermochte, das bei der Übernahme der Regierung durch die Konservativen im Oktober 1951 immerhin noch 80% der nationalen Produktion erbrachte.

Die sozialistische Partei Englands, die ihre «Planungsideale» dann voll zur Geltung bringen konnte, als es im Rahmen einer *Mangelwirtschaft* galt, die verfügbaren Mittel zur Aufrechterhaltung eines minimalen Lebensstandards und zur Sicherung der Volksgesundheit mit Hilfe eines Rationierungssystems aufzuteilen, scheiterte an der Planung einer Wirtschaft, die sich im Laufe der Nachkriegszeit immer mehr aus der Mangellage löste und damit notwendigerweise die Planungszügel lockerte. Es ist kein Zweifel daran erlaubt, daß in den «erfolgreichen» Jahren der Labour-Regierung — eben in jenen einer knappen Versorgungslage — sich das freie Unternehmertum den Anordnungen der Regierung, die mit der Kontrolle über die Rohstoffverteilung und der ständigen Drohung der Nationalisierung einen gewaltigen Druck ausüben konnte, «nicht völlig widerwillig» unterzog und sich, aus dem Gefühl der Abhängigkeit und des Ausgeliefertseins, mit der Politik der Labours «solidarisch» erklärte<sup>12</sup>.

Es mag dabei auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß die Unternehmer insofern im sozialistischen Planungsexperiment einen gewissen «positiven Aspekt» erblickten, als sie sich unter der Voraussetzung der knappen Versorgungslage in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht um ihren Anteil an den vorhandenen Rohstoffen zu kümmern brauchten. Somit funktionierte die Symbiose zwischen den beiden «feindlichen Brüdern» durch den Kitt des kalten *Opportunismus*. Die Zusammenarbeit wurde allerdings um so fragwürdiger und brüchiger, je mehr sich in Europa die Verhältnisse wieder normalisierten und im Zuge dieser Entwicklung selbst in den Reihen der Labours Zweifel an der Zweckmäßigkeit ihrer Planungsmaschinerie laut wurden; dieser Einbruch in die wirtschaftliche Ideologie kommt etwa in der veränderten Sprachregelung der «Economic Surveys» zum Ausdruck, die von der Regie-

<sup>10</sup> Andrew Shonfield: «British Economic Policy since the War», London 1959, S. 164.

<sup>11</sup> Shonfield, S. 161.

<sup>12</sup> Shonfield, S. 165 ff.

rung jeweils vor der Bekanntgabe des Budgets veröffentlicht werden und in denen die Wirtschaftslage des Landes vom Blickwinkel der Regierung angeleuchtet wird.

Man ist somit berechtigt zu sagen, daß sich das freie Unternehmertum in England während der Jahre der Labourherrschaft vielleicht am stärksten in der Entfaltung seiner dynamischen Kräfte gehemmt sah, daß diese Einengung aber deshalb nicht in der vollen Tragweite realisiert und verspürt wurde, weil sie unmittelbar auf den zweiten Weltkrieg folgte, der das Unternehmertum in Großbritannien einer wesentlich härteren Belastungsprobe ausgesetzt hatte.

#### *Der Weg vom «Conservative Freedom» zur «konservativen Planung»*

Mit der Übertragung der Regierungsgewalt an die konservative Partei Ende 1951 beginnt ein Abschnitt in der Geschichte des britischen Unternehmertums, der — mindestens in den ersten Jahren — in der politischen Konzeption der konservativen Regierung, wenn auch nicht immer in der praktischen Politik, auf die Wiederherstellung jener Wirtschaftsordnung ausgerichtet war, in der das *freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte*, das eigentliche Lebenselement des freien Unternehmertums, von neuem hergestellt werden sollte. Natürlich handelte es sich nicht einfach um die Restaurierung der alten «Laissez-Faire-Prinzipien», die in der Vorkriegszeit die wirtschaftspolitischen Magnetfelder bestimmt hatten; die Spuren die die Kriegswirtschaft und eine über sechs Jahre sich erstreckende Führerschaft der Labours in die Wirtschaft und den wirtschaftspolitischen Denkstil des Landes eingegraben hatten, konnte auch von einer auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheiten verpflichteten Politik nicht ignoriert werden; zu tiefgreifend hatten die institutionellen Veränderungen die wirtschaftliche Physiognomie des Landes umgestaltet. Und außerdem waren sich auch die Männer der konservativen Regierung durchaus bewußt, daß sie sich nicht einfach darauf kaprizieren konnten, das «Rad der Geschichte» auf den Winkel der Vorkriegszeit zurückzudrehen; vielmehr versuchten sie, die konservative Partei mit einem neuen Geiste zu beleben, ihrem Aktionsprogramm eine neue Qualität zuzufügen, die den aus der Vorkriegszeit stammenden Ruf einer Partei, die dem mit dem Odium des Klassenkampfes behafteten wirtschaftlichen Patriarchentum zugetan ist, überwinden sollte. Diese Anstrengungen gingen so weit, daß im Schoße der Partei selbst die Änderung des Namens erwogen wurde. Die neuen Männer setzten sich dafür ein, die *Beziehungen zu den Sozialpartnern* auf eine neue Grundlage zu stellen und nicht mehr primär als Anwälte des freien Unternehmertums, als die Treuhänder des «Big Business» aufzutreten.

In dieser Transformation des britischen Denkstils ist eine wesentliche Neuerung, ist vielleicht *die* wichtigste Akzentverschiebung gegenüber dem Wirt-



schaftsliberalismus der Vorkriegszeit zu erblicken. Denn sie bedeutet den Versuch, die *Klassengegensätze*, die in der Vorkriegszeit das wirtschaftliche Bild des Landes weitgehend geprägt hatten, *abzuschleifen* und damit das freie Unternehmertum nicht mehr als Gegenpol der andern Sozialpartner zu sehen, sondern die Zusammenarbeit auf der Stufe einer *echten Partnerschaft* zu verankern. Obwohl das Tory Government, und unter ihm besonders *R. A. Butler* als Chancellor of the Exchequer (1951—1955), in seiner erfolgreichsten Periode zwischen den Jahren 1952—1954 trotz der Kassandrarufo der Opposition, mit weithin sichtbarem Gewinn für die Wirtschaft des Landes die Fesseln der Planwirtschaft, der mengenmäßigen Kontrollen und der Rationierungssysteme sprengte sowie auch eine Reihe nationalisierter Industrien wieder in den Status der Privatwirtschaft einsetzte, tastete sie die eigentlichen Elemente des für den Steuerzahler keineswegs billigen Wohlfahrtsstaates nicht an<sup>13</sup>. Bis zum heutigen Tag ist das Denationalisierungsprogramm der Konservativen, bis auf ein Großunternehmen der Stahlindustrie, zu Ende geführt worden. Die Einführung der «Excess Profit Levy» mit dem Budget des Jahres 1952 wertete Andrew Shonfield<sup>14</sup> ebenfalls als eine Demonstration, als eine «Good-Will-Aktion» der konservativen Regierung, um das Vertrauen der Sozialpartner zu gewinnen. Und aus dem jüngsten Abschnitt der Geschichte der britischen Wirtschaftspolitik könnte Ähnliches von der Einführung der Kapitalgewinnsteuer gesagt werden. Diese Haltung findet weiter Ausdruck in den erklärten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die sich nicht allein auf die gängige Formel vom «Conservative Freedom» beschränkt, sondern die die wirtschaftliche Freiheit im Rahmen der Vollbeschäftigung und einer bewußt geführten Wachstumspolitik, von der alle Schichten des Volkes profitieren sollten, postulieren. Bis zum Jahre 1955 war denn auch die Konzeption dieser Politik für Großbritannien sehr positiv, und der Slogan *Conservative Freedom works* wurde zum geflügelten Wort.

Trotz diesem eindeutigen und konsequenten Abbau der staatlichen Position als Unternehmer ist der öffentliche Bereich der Wirtschaft, von dem mithin das freie Unternehmertum ausgeschlossen oder doch nur mit staatlicher Bewilligung zugelassen ist, nach wie vor bedeutend. Die im August 1946 verstaatlichte *zivile Luftfahrt*, verkörpert durch die beiden öffentlichen Gesellschaften der British Overseas Airways und der British European Airways, ist nicht reprivatisiert worden. Der *Kohlenbergbau* untersteht weiterhin dem Nationalen Kohlenamt. Die Cable and Wireless Ltd. wurde 1947 vom Staat übernommen und betreibt seither zusammen mit der britischen Post den *Übersee-Fernmeldedienst*. Im Januar 1948 wurde der *Binnenverkehr* (Eisenbahn, die den Bahnen gehörenden Schiffe, Docks, Hotels und Straßenverkehrsunternehmen

<sup>13</sup> Vgl. hierzu: D. S. Lees: «The Economics of Health Service» in: Lloyds Bank Review, April 1960, S. 26 ff.

<sup>14</sup> Shonfield, a. a. O., S. 182.

sowie die Kanäle des Landes und die Londoner Verkehrsunternehmen) der staatlichen Transportkommission unterstellt; auch der *Güterfernverkehr* ist der Transportkommission angegliedert, jedoch durch das Verkehrsgesetz vom Jahre 1953 größtenteils wieder in die Privatwirtschaft übergeführt worden. Weiter ist sodann die *Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung* im Besitze des Staates. Und endlich steht auch das *Fernsehwesen* (BBC) sowie die Produktion von *Atomenergie* (staatliche Atomenergiebehörde) unter dem Einfluß der öffentlichen Hand.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes, die feinen Linien nachzuzeichnen und die Gründe aufzuspüren, «why conservative freedom ceased to work», weshalb nach dem Ablauf der ersten euphorischen Stimmung der Jahre 1952 bis 1954, vor allem 1955 eine gewisse *Ernüchterung* eintrat, die sich auch in der Haltung der Regierung zum freien Unternehmertum spiegelt. Hatte in der ersten Phase der Tory-Herrschaft die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bemerkenswerte Fortschritte gemacht — hohe Investitionsrate, rasches wirtschaftliches Wachstum, Abbau der Kontrollen usw. —, so geriet sie nun mehr und mehr in das Spannungsfeld wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die vor allem in Zahlungsbilanzkrisen und gefährlichen spekulativen Bewegungen gegen das Pfund Sterling sichtbar wurden. Unter dem Druck dieser Ereignisse mußte die Regierung wirtschaftspolitische Entscheidungen treffen, die sie vermehrt auf die abschüssige Bahn interventionistischer Maßnahmen führte. Das freie Unternehmertum war wieder in wachsendem Maße dem interventionistischen Zugriff des Staates ausgesetzt, allerdings einem Zugriff, der sich von demjenigen der Labour-Regierung *grundsätzlich* unterschied, denn er trug die Form *vorübergehender restriktiver Maßnahmen* und war nicht als Bestandteil einer planwirtschaftlich institutionalisierten Wirtschaftspolitik gedacht; vielmehr sollte er gelockert werden, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten. Die Schwenkung auf den Kurs der restriktiven Wirtschaftspolitik hat sich damals auch in der Besetzung wichtiger Ämter niedergeschlagen. Ende 1955 übernahm *Harold Macmillan* die Funktionen des Chancellor of the Exchequer; es war bekannt, daß Macmillan nicht in allen Teilen die auf eine «Renaissance» des Wirtschaftsliberalismus ausgerichtete Politik der konservativen Partei billigte. Als Economic Secretary of the Treasury stand ihm Sir *Edward Boyle* zur Seite, der dieses Amt im Sommer des gleichen Jahres angetreten hatte und von dem Shonfield sagt: «. . .and he soon showed a decided temperamental opposition to the philosophy of laissez-faire extremism and the current obsession with markets, as the only means of guiding the economy<sup>15</sup>.» Die Politik des Macmillan-Boyle-Teams, so drückt sich Shonfield weiter aus, war durch einen auffallenden Mangel an «doktrinärer Ehrfurcht» charakterisiert, «which filled many of the party faithful with almost religious horror». Damit war jene Wendung vollzogen, die bisweilen auch das

<sup>15</sup> Shonfield, a. a. O., S. 229.



freie Unternehmertum in die Reihen der Kritiker der konservativen Regierung treten ließ.

Was ist nun die ökonomische Triebfeder, die Großbritannien seit dem Jahre 1955 mit einer geradezu enervierenden Regelmäßigkeit von einer Zahlungsbilanzkrise zur andern, von einer Pfundkrise zur andern getrieben hat? Die Gründe, die als Bestimmungsfaktoren für das Verhältnis zwischen den Unternehmern und der Regierung eine große Bedeutung erlangt haben, lassen sich — auf die einfachste Formel reduziert — folgendermaßen zusammenfassen: England wurde durch das *Auseinanderklaffen der Lohn- und Produktivitätskurve* vom Sog bisweilen vehementer inflationärer Impulse erfaßt, die das Preisniveau stärker in die Höhe trieben als in den meisten seiner wichtigsten Konkurrenzländer (Verschlechterung der internationalen Wettbewerbslage). Die Überbrückung des «Money-Goods-Gap» äußerte sich notwendigerweise immer wieder in einem starken Ansteigen der Importe und damit in Zahlungsbilanzkrisen, da das Defizit in der Handelsbilanz nicht mehr durch die Überschüsse der unsichtbaren Transaktionen, innerhalb denen sich ebenfalls strukturelle Verschiebungen zum Nachteil des Zahlungsbilanzausgleichs durchsetzten, gedeckt werden konnte<sup>16</sup>. Der nächste Schritt bestand dann im Einschwenken der Regierung auf die Linie der restriktiven Politik — Kreditbeschränkungen, hohe Zinssätze, Erschwerung der Abzahlungsgeschäfte, steuerliche und zollpolitische Maßnahmen —, um die Inlandnachfrage zu drosseln. Dieses Vorgehen mußte sich natürlich auch in einer *Beeinträchtigung der Investitionsneigung* der Unternehmer auswirken. Der Ablauf dieses Räderwerkes, das in den vergangenen Jahren mit einer erstaunlichen Gleichförmigkeit abschnurrte, stützte sich zudem auf ein nur schwaches Fundament an Devisen- und Goldreserven, so daß sich England in der Lage einer Armee ohne Reserven befand, die zur Abwehr unvoraussehbarer Ereignisse keine mobilen Reserven zum Einsatz bereit hat. England sah sich damit aber auch weiter in die paradoxe Situation verstrickt, daß die kurzfristigen Mittel zur Überwindung der jeweiligen Krisensituationen die Lösung des langfristigen Problems, nämlich die Beseitigung des strukturell bedingten Zahlungsbilanzdefizits, erschwerte. Diese Konfliktsituation bestimmt nach wie vor die britische Wirtschaftspolitik; sie determiniert den wirtschaftspolitischen Kompaß des Landes.

Die Anerkennung dieser Tatbestände ist kaum kontrovers; dagegen wird natürlich über die *Ursachen* gestritten und, je nach dem eigenen Standort, versucht, in der Manier der «Schwarzpetermentalität», dem Partner die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die Regierung klagt die Gewerkschaften an, daß sie diese Entwicklung durch ihre überdimensionierten Lohnforderungen und auch dadurch hervorgerufen habe, daß sie durch ihre unzeitgemäße Politik,

<sup>16</sup> Vgl. hierzu: «United Kingdom Balance of Payments 1959 to 1961» (Weißbuch), London März 1962.

besonders aber durch ihre anachronistische Struktur, vielfach den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen. Zudem bedauert sie die *ungenügende Flexibilität* eines großen Teils der *Unternehmer*, die bei einer Dämpfung der Inlandnachfrage nicht entschlossen genug ihre Markteinbußen im Inland durch eine entsprechende Expansion auf den Exportmärkten auszugleichen versucht. Die Gewerkschaften andererseits suchen den Fehler natürlich nicht in der stark angestiegenen Lohnkurve, sondern in den ihrer Auffassung nach wenig dynamischen Produktionsverhältnissen des Landes — das Lohnniveau ist der Produktivität nicht vorausgeeilt, sondern die Produktivität hinkt in unverantwortlicher Weise hinter dem Arbeitseinkommen her! —, somit letztlich beim freien Unternehmertum und der restriktiven Wirtschaftspolitik der Regierung. Die *Unternehmer* endlich setzen die archaischen Verhältnisse bei den Gewerkschaften und ebenso auch die expansionshemmende Regierungspolitik auf die Anklagebank; sie machen insbesondere — berechtigterweise — geltend, daß eine rationelle und effiziente Betriebsplanung im Klima einer sich ständig ändernden Wirtschaftspolitik stark erschwert wird<sup>17</sup>. Die «Stop and Go Policy» der vergangenen Jahre hat zweifellos retardierend auf das freie Unternehmertum gewirkt<sup>18</sup>. Symptomatisch für diese Blickrichtung ist etwa die Auffassung von *S. P. Chambers*, Chairman der Imperial Chemical Industries Ltd., einem dynamischen und repräsentativen Unternehmer der britischen Wirtschaft, dessen Stimme als Vertreter des freien Unternehmertums sicherlich beachtet zu werden verdient und der diese Verhältnisse immer wieder ins Schußfeld seiner kritischen Betrachtungen gerückt hat.

Die britische Regierung ist trotz diesem «Meinungsstreit der Sozialpartner» nunmehr entschlossen, die unbefriedigende Wirtschaftslage nicht nur kurzfristig, sondern mit den geeigneten Maßnahmen auch *langfristig* zu überwinden. Sie will die künftige Lohnentwicklung von den Produktivitätsfortschritten abhängig machen, um damit ein inflationsfreies Wachstum der Wirtschaft zu sichern und eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbskraft des Landes zu verhindern sowie weiter über eine Förderung der Exporte die Zahlungsbilanzstruktur günstig beeinflussen; mithin setzt sie den wirtschaftspolitischen Hebel in der Lohnpolitik und im Außenhandel an<sup>19</sup>. Zu diesem Zwecke hat sie der Wirtschaft seit dem 25. Juli des letzten Jahres — dem Zeitpunkt der letzten Pfundkrise — neben verschiedenen andern Maßnahmen auch eine *Lohnpause* aufoktroiert — und im wesentlichen bis in die ersten Monate dieses Jahres durchgehalten —, um die notwendige Zeit für die Konzipierung einer

<sup>17</sup> Vgl. hierzu etwa: Thomas Wilson: «Inflation and Growth», in: The Three Banks Review, Nr. 51, September 1961, S. 20.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu: R. Harrod: «The Significance of ‚Planning‘», in: District Bank Review, Dezember 1961, Nr. 140.

<sup>19</sup> Vgl. hierzu das Weißbuch des Chancellor of the Exchequer: «Incomes Policy: The next Step», Sondon, Februar 1962. — Economic Survey 1962, April 1962.

*langfristigen Lohnpolitik*, eines «kühnen Planungsexperimentes», zu gewinnen. Es handelt sich um den Versuch, die offizielle Lohnpolitik, die schon bisher im Schoße des *National Joint Advisory Council* (NJAC) und des *National Production Advisory Council for Industry* (NPACI), allerdings nur wenig wirksam, praktiziert wurde, wesentlich effektiver zu gestalten<sup>20</sup>.

Selwyn Lloyd setzte das volle Gewicht seiner Person und seines Amtes ein, durch einen *National Economic Development Council* (NEDC), in dem die Sozialpartner und unabhängige Experten vertreten sind, jenes *Planungsinstrument* zu schaffen, das künftig eine harmonischere Entwicklung der Wirtschaft garantieren sollte. Die Tory-Regierung hat sich damit auf ein Experiment eingelassen, auf dessen Ausgang man gespannt sein darf, denn die «wirtschaftliche Planung im Rahmen einer freien Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung» bedingt die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Problemen, die keineswegs einfacher Natur sind. Bereits hat die Regierung in den dazu notwendigen Vorarbeiten einige Erfahrungen sammeln können, in welcher Weise die Sozialpartner, die sich im Rahmen dieses Rates um einen Tisch setzen sollen, das neue Gremium für ihre Zwecke «auszuwerten» beabsichtigen. Dieser Versuch ist für Großbritannien insofern nicht als völlig neu zu bezeichnen, als die *Stahlindustrie* auf ihrer Ebene bereits gewisse Planungselemente eingeführt hat. Die Koordinierung einiger Funktionen auf der Stufe einer privatwirtschaftlichen Industrie, so wie dies im *Iron and Steel Board* geschehen ist, darf vielleicht als *ein* bemerkenswertes Charakteristikum des britischen Unternehmertums bezeichnet werden<sup>21</sup>. Dagegen ist es in England das erste Mal, daß ein solcher Versuch auf die *gesamtwirtschaftliche Ebene* ausgeweitet wird. Im Vereinigten Königreich werden denn auch die Strukturelemente der französischen Planungsbehörden intensiv diskutiert.

Von den Unternehmern und den Unternehmerverbänden ist in der Auseinandersetzung um das neue Projekt immer mit allem Nachdruck der Standpunkt vertreten worden, daß es sich nur um eine *Planung auf freiwilliger Grundlage* handeln könne, daß der «Council» also keinesfalls mit irgendwelchen exekutiven Rechten ausgestattet werden dürfe. Obwohl die Unternehmer grundsätzlich bereit sind, der Regierung in die Hände zu arbeiten, setzen sie sich natürlich mit aller Energie dagegen zur Wehr, über die Mitarbeit in einem Planungsrat in ein unerwünschtes Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung zu geraten; die wirtschaftliche Planung darf nicht mit einer Einbuße an wirtschaftspolitischer Freiheit erkaufte werden. Die Erinnerungen der britischen Unternehmer an die Zeiten Sir *Stafford Cripps*'s, als der *Central Economic Planning Staff* die Stellung einer Abteilung der Treasury einnahm, sind noch zu lebendig, als daß die Unternehmer heute enthusiastisch den Weg des Schatzkanzlers betreten würden. Aus der Sicht der Unternehmer wird denn auch die

<sup>20</sup> Vgl. hierzu: Michael Shanks: «The stagnant Society», London 1961, S. 117ff.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu: Duncan Burn: «The Steel Industry 1939—1959», Cambridge 1961.

neue Planungsstelle mehr als eine «Clearingstelle für wirtschaftspolitische Informationen», als Ort für die Konfrontierung der Standpunkte, bezeichnet. Sie erachten es indessen als durchaus möglich, im Rahmen dieses Rates auf freiheitlicher Basis zu einer wirtschaftspolitischen Disziplin zu gelangen, die auf die gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten abgestimmt ist, mithin dem Diagramm der Marktwirtschaft eine neue Dimension zuzufügen. Der Akzent soll jedoch mehr auf einer *Zusammenarbeit in Freiheit* als auf einer Planung im Sinne einer Mechanik gelegt werden.

Während das freie Unternehmertum die Planungsarbeit des Rates vor allem auf das wichtige Problem der *Lohnpolitik* beschränkt wissen will, sind ihre «Gegenspieler», die Gewerkschaften, natürlich darauf bedacht, die Funktionen des Planungsrates auf die *ganze* Wirtschaft, also auch auf den Sektor der Preise, der Investitionen, der Gewinnverteilung, der Dividendenpolitik usw. auszuweiten. Mr. *Father*, «Number Two» des «Trade Union Congress» (TUC) erklärte auf diese Frage, daß die Gewerkschaften das Postulat der wirtschaftlichen Planung immer unterstützt hätten, daß sie aber in den ersten Jahren der Tory-Herrschaft damit auf völlig taube Ohren gestoßen seien, heute indessen mit einer gewissen Genugtuung die «Infsizierung» einer liberalen Regierung mit dem planwirtschaftlichen Bazillus beobachteten; selbstverständlich werde sich die Gewerkschaft nicht dazu hergeben, lediglich eine partielle Steuerung der wirtschaftlichen Vorgänge zu unterstützen. «Why should wages be the one planned element in an unplanned society?» fragt die TUC. Die Regierung scheint nunmehr diesem Argument mit der Konzession entgegenzutreten, daß *alle Einkommensteile*, und nicht nur die Löhne, einer «Planung» unterworfen werden sollen. Die Auseinandersetzung um die «konservative Planung» spielt sich mithin auf einem Felde ab, dem für die Bewegungsfreiheit der Sozialpartner prinzipielle Bedeutung zukommt; die Unternehmer sind sich denn auch voll bewußt, daß sie wesentliche Teile eines Terrains zu verteidigen haben, die sie bisher zu ihrem festen Besitz zählten. Denn eine Planung sämtlicher Einkommensteile müßte beispielsweise auch die Dividenden erfassen und somit Rückwirkungen auf ein Kernstück des Unternehmertums, nämlich die «Freiheit der Investitionspolitik», auslösen<sup>22</sup>. Wie sich die divergierenden Meinungen unter diesen Umständen auf einen gemeinsamen Nenner reduzieren lassen, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Und die neueste Entwicklung in der britischen Wirtschaftspolitik, die Ende Juli mit der Ersetzung Selwyn Lloyds durch *Reginald Maudling* als Schatzkanzler eine überraschende Wendung genommen hat, trägt in die Zukunft des NEDC insofern ein gewisses Unsicherheitsmoment, als heute noch keineswegs abzusehen ist, in welcher Form Maudling die neue Planungsbehörde in die Wirtschaftspolitik einzugliedern beabsichtigt.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu: J. C. R. Dow: «Problems of Economic Planning», in: Westminster Bank Review, November 1961, S. 14 ff.



Es wurde bereits festgestellt, daß die momentan wichtigsten Gravitationszentren der britischen Wirtschaftspolitik bei der Produktivität und den Exporten liegen, in zwei Bereichen also, die das freie Unternehmertum in erster Linie berühren. Es unterliegt keinem Zweifel — die einschlägigen Untersuchungen britischer und internationaler Organisationen weisen diese Tatsache schlüssig nach —, daß die Produktions- und Produktivitätsfortschritte der britischen Industrie seit dem Jahre 1955 vergleichsweise hinter diejenigen aller übrigen Industrieländer zurückgeblieben sind. In der Literatur und den zahlreichen Diskussionen, die um diesen Gegenstand geführt werden, sind mannigfache Argumente zu finden, mit denen Großbritanniens Absinken in der Sphäre der Produktion motiviert werden. Es wird etwa ins Feld geführt, daß die privatwirtschaftliche Investitionsrate ungenügend sei, daß es dem Management des britischen Unternehmertums an Dynamik fehle oder weiter, daß die traditionsverhaftete Verhaltensweise der Briten ihr Spiegelbild auch in der betrieblichen Produktionsstruktur finde; und im angriffig geschriebenen Buch von *Michael Shanks*, das den vielsagenden Titel *The Stagnant Society* trägt, werden manche gezielten Hiebe gegen die Immobilität der britischen Gesellschaftsordnung geführt<sup>23</sup>!

Indessen wird man sich hier vor *Verallgemeinerungen* zu hüten haben. Kein geringerer als der ehemalige Schatzkanzler Viscount *Amory* erklärte in seiner Eigenschaft als Deputy President der *Industrial Co-partnership Association* an der 31. Sommerkonferenz dieser Organisation vom vergangenen Jahr: «The performance of British industry varies from very good to downright bad.» Sicherlich kann man in Großbritannien auf einzelne Industriezweige hinweisen, die durch einen auffallenden Mangel an Efficiency, an geschäftlicher Durchschlagskraft und ungenügender Anpassungsfähigkeit an neue wirtschaftliche Bedingungen leiden; das vielleicht überraschendste Beispiel bietet in dieser Hinsicht die britische Schiffbauindustrie, einst der Stolz der britischen Insel, die es sich nun gefallen lassen muß, von Japan, Deutschland und andern Staaten über- und rundet zu werden. Daß diese Entwicklung ein Ereignis von nationaler Tragweite ist, muß auf dem Hintergrund der Tradition Großbritanniens als Seefahrernation gesehen werden. Dieser Wirtschaftszweig gibt sicherlich ein extremes Beispiel ab; indessen wäre es ein keineswegs schwieriges Unterfangen, auch auf andere Sektoren der Wirtschaft hinzuweisen, deren Wettbewerbskraft dem internationalen Vergleich nicht standzuhalten vermag. Es ist für diese Verhältnisse sodann bezeichnend, daß die britischen Forschungsaufwendungen in der Industrie, die öffentlichen und die privatwirtschaftlichen zusammengekommen, im Jahre 1959/60 — der letzten Periode, für die Zahlen verfügbar

<sup>23</sup> Michael Shanks: «The Stagnant Society», London 1961.

sind — mit 478 Mill. £ nur  $2\frac{1}{4}\%$  des Bruttosozialproduktes ausmachen und damit ebenfalls unter dem internationalen Durchschnitt liegen.

Man wird weiter etwa auch mit einer gewissen Berechtigung geltend machen können, daß in England die *technischen Berufe* noch nicht jene soziale Anerkennung in der Gesellschaft gefunden haben, wie dies auf dem Kontinent oder in den Vereinigten Staaten längst der Fall ist. Und endlich kann als Symptom dieser Sachlage die Tatsache gelten, daß die berühmten Universitäten der britischen Insel nur zögernd von den Höhen der klassischen Bildung in die «Niederungen» der Vermittlung jenes handfesten und in den Augen mancher Briten etwas «vulgären» Rüstzeugs technischer und betriebswirtschaftlicher Natur hinabsteigen, das für die Führung einer dynamischen Industriegesellschaft nun einmal unbedingt notwendig ist. Der bereits zitierte Michael Shanks kommentiert diese Sachlage mit den pointierten Worten: «The enemy of enterprise in Britain today is not full employment or the welfare state but certain deep-rooted aspects of our national character — our easy going tolerance, our allergy to enthusiasms and ulcers, our aversion to change, our pride in our past, our gerontophilia of the machine, our all-pervading social nostalgia.»

Es ist denn auch kaum zweifelhaft, daß noch relativ breite Schichten des britischen Unternehmertums nicht in einem ausreichenden Maße «export-minded» sind und sie nur ungern das «Wagnis» unternehmen, ihre Offerten auf außerbritische Einheiten umzurechnen. Von objektiven Beobachtern wird zuweilen beklagt, daß, trotz der erfolgreichen Tätigkeit des im Jahre 1956 eingesetzten *Restrictive Practices Court* die starke Absorbtionsfähigkeit des Inlandmarktes einen wirkungsvollen Konkurrenzdruck verhindert und damit die Wirtschaft von einem breiten «Ausbruch» in die Zonen der Auslandmärkte abgehalten hat<sup>24</sup>. Als Zeuge kann in diesem Zusammenhang auch *Prinz Philip* zitiert werden, der nach seiner Reise durch Lateinamerika vom vergangenen April im Rat des britischen Industriellenverbandes erklärte, die britischen Geschäftsleute hätten auf diesem Kontinent den Ruf, «ziemlich langsam und recht altmodisch» zu arbeiten. Wer in Lateinamerika im Klima eines verschärften Konkurrenzkampfes Geschäfte machen wolle, könne auf seinen Versandkisten nicht mehr schreiben «This Side Up»! Auch sei es in jenen Breitengraden weit besser, so kommentierte Prinz Philip in einem für Mitglieder des Königshauses erfrischenden Ton, mit einer Melone auf dem Kopf spanisch zu sprechen als

<sup>24</sup> S. P. Chambers kommentiert diesen Punkt folgendermaßen: «There ist undoubtedly some justification for the criticism that some managers have not made quite the same effort to analyse their problems, and have not been quite as energetic in persuing the right solutions, as they would have been if over the last few years the going had been harder. The same applies equally to other kinds of slackness, to restrictive trade union practices and to our failure to do enough about those sections of our economy which are subsidised and inefficient. There are too many people in Britain at all levels, who are not putting as much into the economy as they are taking out, and all these people are adding to costs and making us less efficient producers and less competitive exporters.»



mit einem Sombrero englisch! Sicherlich hat Prinz Philip mit dieser sarkastischen, jedoch treffenden Bemerkung *einen* Aspekt des britischen Unternehmertums grell angeleuchtet, der in der *Tendenz* für manche Bereiche der Wirtschaft als charakteristisch angesprochen werden darf.

Es wäre jedoch kaum gerecht, wollte man für diese Verhältnisse allein den britischen Unternehmer in Anklagezustand versetzen. In einem Vortrag im Schoße des *British Institute of Management* vom Oktober 1961 hat der Leiter der ICI, S. P. Chambers, dazu festgehalten:

«One of the curses of the political atmosphere in Britain today is the sentimental softness towards inefficiency, keeping uneconomic mines going long after they should be shut, making industrialists go to places which are unsuitable (and therefore less efficient) because the unemployed there will not move to where there is employment, subsidising or protecting industry which cannot otherwise survive — all this reduces the productivity of the nation as a whole and reduces our competitiveness. But after industrialists have taken all the political action they can to get the Government to do what is required for the health of the economy, they must thereafter accept as philosophically as possible the general policy and practice of Government as a part of the conditions in which they have to operate. They must recognise that, given those conditions, there is still much which individual businesses can do by good management to help themselves.»

Von dieser Betrachtungsebene aus wird denn auch im britischen Unternehmertum die Frage nach der *Teilnahme Englands am Gemeinsamen Markt* beurteilt; die Therapie, mit Hilfe eines intensiveren internationalen Wettbewerbs die Energien des britischen Unternehmertums anzufachen, wird im allgemeinen kaum verworfen. Die Privatwirtschaft ist sich durchaus bewußt, daß das Schreiben der britischen Regierung an die Behörden des Gemeinsamen Marktes vom 9. August 1961, in dem unter Berufung auf Artikel 237 des Vertrages von Rom um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nachgesucht wurde, eine *Zäsur* in der Geschichte der britischen Wirtschaft markiert. Denn es deutet die Bereitschaft der britischen Regierung an, die Wirtschaft des Landes der Zugluft einer stärkeren internationalen Konkurrenz auszusetzen und durch die Hinwendung zu Europa die wirtschaftliche Stellung des Commonwealth im ökonomischen Kräftefeld der Insel zu relativieren. Darin darf eine *historische Entscheidung* erblickt werden, denn die wirtschaftliche Außenpolitik des Landes war bis anhin in entscheidendem Maße durch die spezifische wirtschaftspolitische und wirtschaftsstrukturelle Topographie des Commonwealth bestimmt. Die geschichtlichen, politischen und ökonomischen Bande des Mutterlandes zu den Commonwealth-Gebieten, so wie sie über die Jahrhunderte gewachsen sind, haben notwendigerweise in der Entscheidungsfunktion der Unternehmer, soweit sie die Exporte betrifft, einen hervorragenden Platz eingenommen. Nach wie vor wickelt sich der größte Teil des britischen Außenhandels mit dem Commonwealth ab (1961 erreichten die Ausfuhren nach dem Commonwealth noch immer 39% der totalen britischen Exporte; auf der Einfuhrseite beträgt

der Anteil 33,5%; für die EWG lauten die entsprechenden Zahlen: 20% für die Ausfuhren und 16% für die Einfuhren). Indessen zeigen die Statistiken mit unmißverständlicher Klarheit, daß der Außenhandel mit dem Commonwealth für das Mutterland im Laufe der letzten 10 Jahre in mancher Beziehung *unbefriedigend* verlaufen ist<sup>25</sup>. Verschiedene Gründe lassen sich für die darin zum Ausdruck kommenden *Strukturverschiebungen* anführen: die Liberalisierungserfolge sowohl im Waren- wie im Zahlungsverkehr in Europa, in der Dollar-Zone und in andern Gebieten, die rasche wirtschaftliche Entwicklung Europas und Japans, die Preisentwicklung bei den Rohstoffen — zahlreiche Commonwealth-Länder sind ausgesprochene Rohstofflieferanten — sowie auch die Komposition der Entwicklungshilfe. All diese Faktoren haben in ihrer kombinierten Wirkung dazu geführt, daß sich seit dem Jahre 1954 der Handel zwischen Großbritannien und dem Commonwealth wesentlich weniger rasch entwickelt hat, als etwa der Welthandel oder der Handel des Commonwealth mit Europa, den Vereinigten Staaten oder Asien<sup>26</sup>. Aus dieser Tatsache wird auch ersichtlich, daß die Commonwealthpräferenzen nicht mehr jene Rolle zu spielen vermögen, die ihnen noch vielfach zugeschrieben wird. Dieses Faktum scheint denn auch von einigen Commonwealth-Ländern, so besonders von Kanada, im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zwischen der EWG und England mehr und mehr anerkannt zu werden.

Die *Auffassungen* der britischen Unternehmer, ob England mit der Hinwendung zum Gemeinsamen Markt den richtigen Weg eingeschlagen habe, sind je nach den Erwartungen, die mit dem Beitritt verbunden werden, *geteilt*. Dabei stammen die Argumente, die *gegen* einen Beitritt in die Diskussion geworfen werden, sowohl aus der Perspektive des branchenmäßig verengten Blickwinkels, wie auch aus der weitem Sicht der möglichen Rückwirkungen

<sup>25</sup> Vgl. Board of Trade Journal, Nr. 3389, 2. März 1962, S. 438f.

<sup>26</sup> S. P. Chambers vertritt zu diesem Punkt folgende Auffassung: «This fall in Britain's share of overseas sterling area imports was to be expected with the reduction of discrimination in favour of British goods and against goods from other countries. It is a reflection of the fact that, without such discrimination, we are not competitive enough to retain over 50% of any country's markets for imported manufactured goods. — Another factor which has restricted opportunities for expanding trade in those goods which we have traditionally supplied to the countries of the Commonwealth is the establishment of local manufacturing in industry in these countries. The setting up of some industries in some countries can be justified only on the most narrow nationalistic grounds, but this is by no means always the case. The inevitable result of local manufacture is that markets for goods that Britain used to supply decline or, at best, fail to rise, and the markets for other goods required by the growing industries rise, but not yet as rapidly as in those countries where the process of industrialisation has gone further. If we in this country are to achieve a sound basis for our export trade it is essential for us to reduce the dependence of our exports in the sterling area countries, and other primary producing countries, which make up the slowest growing section of the world's markets, and to put ourselves into a position to meet our competitors on level terms in those markets which are growing fastest.»

auf das Commonwealth. Es wird im allgemeinen aber rückhaltlos anerkannt, daß — rein wirtschaftlich betrachtet — die Integrierung Englands in den Gemeinsamen Markt der britischen Exportindustrie starke neue Impulse geben und sich mithin als *das* Mittel entpuppen könnte, das in der Lage wäre, die Exportsituation des Landes auf ein tragfähigeres Fundament zu stellen<sup>27</sup>. Industrien, die ihr Dasein im Windschatten protektionistischer Zollmauern fristen — wie etwa die Baumwollindustrie, die Uhren- und Lederindustrie oder die Schuh- und Spielwarenfabrikanten —, werden gegebenenfalls unter den neuen Wettbewerbsverhältnissen einen schweren Stand haben. Durchaus positiv werden die Aussichten im Falle eines Beitritts andererseits in der Chemieindustrie, im Stahlsektor, in einigen Sparten der Automobilindustrie oder in den gummiverarbeitenden Unternehmen beurteilt. Die Bilanz der Gewinne und Verluste, darin scheint man sich im britischen Unternehmertum einig zu sein, wird nicht nur von den relativen Verschiebungen in den Zollmauern abhängen, sondern möglicherweise in noch wesentlich höherem Maße von der Verhaltensweise der einzelnen Betriebsleitungen auf die sich im Laufe der Übergangsperiode graduell ändernden Wettbewerbsverhältnisse. Die Fähigkeit, rasch auf neue Marktbedingungen einzugehen, die sich grundsätzlich von jenen im Commonwealth unterscheiden, wird dabei ein großes Gewicht erhalten. Mithin geht die *Herausforderung des Gemeinsamen Marktes* vor allem an jene relativ breite Schicht von Unternehmern, die sich bisher in erster Linie auf das Ruhekitzel eines starken Inlandmarktes beziehungsweise eines protektionistisch geschützten Commonwealth-Handels betteteten. Man darf jedoch aus den Äußerungen britischer Unternehmer zu diesem Fragenkomplex und auch im Blick darauf, daß die Widerstandskraft der Briten unter dem Druck außerordentlicher Verhältnisse überproportional anzusteigen pflegt, trotzdem mit einigem *Optimismus* in die Zukunft blicken<sup>28</sup>. Und zudem signalisiert das Wort

<sup>27</sup> S. P. Chambers kommentiert die Frage nach den Rückwirkungen eines Beitritts zur EWG auf das Unternehmertum folgendermaßen: «If Britain joined the Common Market, one thing that free trade with Europe would make it harder for these people to go on being rather indolent by making it harder for the inefficient firms to continue making profits in an easy home market. The increase in efficiency that would follow exposure at home to the same kind of competition that now exists abroad would do more in the long run than anything else to help this country to achieve a satisfactory level of exports. — I believe that free trade between Britain and Continental Europe would improve the prospects of the live and efficient business even if the less efficient businesses or those engaged in industry which is no longer appropriate to British conditions suffer by this removal of protection. The net result would be a reduction of costs and much healthier conditions throughout industry. In turn, anything which improves the efficiency and competitiveness of British industry in Europe will improve the prospects for British exports outside Europe.»

<sup>28</sup> S. P. Chambers stellt dazu fest: «...one thing is essential for all the enterprises concerned and that is to have a lively appreciation of what is going on throughout the country and the world and to recognise the factors which will make an impact upon the future of particular enterprises. There is no golden rule and no particular set of economic factors which

des amerikanischen Philosophen *Emersons*: «The British see more clearly on a cloudy day»!, eine Fähigkeit der Engländer, die sie auch die gegenwärtige, von zahlreichen Unsicherheiten und Ungewißheiten beherrschten Lage erfolgreich zu meistern befähigt.

Als eine Besonderheit des britischen Unternehmertums werden oft die *Beziehungen zu den Gewerkschaften* bezeichnet. In der Tat zeigen sich in dieser Hinsicht gewisse spezifische Profile, die indessen weniger durch die Verhaltensweise der Unternehmer als vielmehr durch diejenigen der Gewerkschaften verursacht werden. Die britischen Gewerkschaften sind in den vergangenen Jahren oft Objekt heftiger Kritiken und Angriffe gewesen. Es wurde ihnen vorgeworfen, daß sie es nicht verstanden hätten, ihre Struktur und ihre programmatischen Ziele den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft anzupassen, daß sie vom morschen Podium einer hoffnungslos veralteten «working-class psychology» aus agierten, daß ihr Einfluß unter den Ausstrahlungen der «affluent society» ständig zurückgehe und sie nur noch mit Mühe ihr Haus einigermaßen in Ordnung zu halten vermöchten: inoffizielle Streiks, sterile «demarcation disputes» zwischen einzelnen Gewerkschaftsgruppen, die den Produktionsprozeß in manchen Betrieben während Wochen stillgelegt haben, und zwar ohne daß ein Konflikt zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften bestanden hätte, restriktive Praktiken, die die Anwendung neuzeitlicher Produktionsmethoden erschweren, oder Unregelmäßigkeiten bei den Gewerkschaftswahlen werden als untrügliche Symptome einer *schwindenden Autorität* qualifiziert<sup>29</sup>. Insbesondere wird in der einschlägigen Literatur für den zunehmenden «Zerfall» der Autorität die *Institution der Shop-stewards*, der Gewerkschaftsvertreter in den einzelnen Unternehmungen, verantwortlich gemacht, die als unmittelbare Kontaktstellen zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung sich nicht selten ein Reich aufzubauen verstanden, in dem sie, unbekümmert um gewerkschaftliche Direktiven, walten und eine «Selbständigkeit» entwickeln, die nur noch sehr bedingt mit dem Postulat der gewerkschaftlichen *Einheit* in Übereinstimmung zu bringen ist.

Ein Blick auf die *Struktur der britischen Gewerkschaften*, die auf eine stolze

can be used as a kind of convenient yardstick. For each enterprise there is need for more understanding of what are likely to be, *for that enterprise*, the significant economic trends.

<sup>29</sup> In einem Vortrag über das Thema «The Economic Aspects of Business Enterprise» vom Oktober 1961 im «Institute of Personnel Management» stellte S. P. Chambers fest: «For too long sections of British industry have been becoming increasingly insular, introspective, restrictive, reactionary, and inflexible. The protection of sections of industry which are obsolete and inefficient and ought therefore to be shut down so that the manpower, including management, is available for more progressive and developing industry, has been matched on the *trade union side* with *restrictive practices*, arising largely from the demarcation of one union from another, which has made it exceedingly difficult for some enterprises to adopt more efficient methods of production.



Vergangenheit zurückblicken können<sup>30</sup>, läßt denn auch sofort erkennen, daß sie an einer unheilvollen Zersplitterung leiden. Nach einer Untersuchung des *Internationalen Arbeitsamtes* in Genf<sup>31</sup> teilen sich die rund 9,6 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer auf nicht weniger als 651 (!) verschiedene Gewerkschaften auf, wovon 559 weniger als 10 000 Mitglieder und 358 sogar weniger als 1000 Mitglieder haben. Etwa 40% der Arbeitnehmer sind in England gewerkschaftlich organisiert; 183 Gewerkschaften mit über 8 Millionen Mitgliedern sind im Trade Union Congress (TUC) zusammengeschlossen; die Zersplitterung wird dadurch allerdings nicht wesentlich gemildert, da die einzelnen Gewerkschaften über eine weitreichende Autonomie verfügen, ihre eigenen Ambitionen und Ziele haben und natürlich auch auf ihre besonders gelagerten Traditionen zurückblicken können. Zudem sind sie — aus historischen Gründen — zu einem großen Teil nicht vertikal, das heißt nach einzelnen Wirtschaftszweigen oder Industrien, organisiert, sondern horizontal, nach Berufsgruppen und der Berufsausbildung gegliedert; dadurch entsteht die Situation, wie etwa besonders ausgeprägt in der Schiffbauindustrie, daß einzelne Unternehmen mit bis zu 30 und mehr verschiedenen Gewerkschaften verhandeln müssen! Daß unter diesen Umständen bei den Unternehmern die Gefahr gewerkschaftlicher Konflikte als besonders groß empfunden wird, dürfte nicht erstaunen. Von den Unternehmern wird den Gewerkschaften denn auch der Vorwurf nicht erspart, daß sie ihrer Aufgabe, die ihnen auf dem Boden einer demokratischen Gesellschaftsordnung und einer demokratisch profilierten Industriestruktur ohne Vorbehalte zugestanden wird, nicht mehr gerecht zu werden vermögen. Dieser Vorwurf richtet sich nicht allein an die einzelbetriebliche Aktivität der Gewerkschaften, sondern auch an ihre Wirtschaftspolitik, die sich vor allem in der Lohnpolitik manifestiert; auf diese Domäne konzentrieren sie «ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Verluste» ihre Stoßkraft, wodurch über den Einfluß der Löhne auf das Niveau der industriellen Kosten die internationale Wettbewerbslage der Wirtschaft und damit diejenige der Exporte beeinträchtigt werden. Die jüngste Vergangenheit lehrt allerdings, daß die Anstrengungen Selwyn Lloyds, im Schoße des National Economic Development Council eine den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen angepaßte Lohnpolitik durchzusetzen, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Andererseits sind heute noch keine Anzeichen dafür sichtbar, daß das gewerkschaftliche Haus in Großbritannien einer grundlegenden Renovation, von der insbesondere das Verhältnis zu den Unternehmern profitieren könnte, unterzogen wird, so daß

<sup>30</sup> Vgl. hierzu: Sidney and Beatrice Webb: «History of the Trade Unionism», 1666—1920, London 1920.

<sup>31</sup> International Labour Office: «The Trade Union Situation in the United Kingdom», Report of a Mission from the International Labour Office, Genf 1961.

die Feststellung Michael Shanks': «Don't laugh too loud, ladies and gentlemen, we're in an old building!», weiterhin ihre Berechtigung behalten wird<sup>32</sup>.

Die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern beruhen in England grundsätzlich auf dem Prinzip der *Koalitionsfreiheit*. Neben gewissen verbindlichen staatlichen Vorschriften über die Kinderarbeit oder etwa gesundheitspolizeiliche Vorkehrungen tritt der Staat vor allem *subsidiär* in das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern ein, indem er Schlichtungseinrichtungen und Schiedsgerichte zur Verfügung stellt und gesetzlich verankerte Normen erläßt, die dann Gültigkeit erlangen, wenn auf diesem Gebiet zwischen den Sozialpartnern keine andern Abmachungen getroffen worden sind. *Grundsätzlich* besteht die Möglichkeit freiwillig getroffener Vereinbarungen zwischen den unabhängigen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Als Verhandlungspartner treten dabei zumeist die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände, die *Employers' Associations*, auf. Trotzdem durch den Wohlfahrtsstaat, das heißt durch die staatlich erbrachten und garantierten Sozialleistungen — Familienbeihilfen, staatliche Sozialversicherungen, Gesundheitsdienst usw. — die *Sozialpolitik* über weite Strecken bereits präjudiziert ist, besteht auf Grund des Prinzips der Koalitionsfreiheit doch eine ausgeprägte Differenzierung der sozialpolitischen Leistungen nach einzelnen Industriegruppen und Unternehmungen.

Im allgemeinen sind die *Arbeitgeberverbände*, das heißt die Repräsentanten des Unternehmertums, auf der Basis der einzelnen Industrien aufgebaut; solche, die nur lokale Bedeutung haben, stehen andern gegenüber, deren Aktionsfeld sich über das ganze Land erstreckt und die mithin einen ganzen Industriesektor umfassen. Insgesamt weist Großbritannien heute 1800 Arbeitgebervereinigungen auf, von denen etwa 270 den Charakter von National Federations haben<sup>33</sup>. Die Dachorganisation, in der sich ein großer Teil der einzelnen Verbände zusammengefunden hat, ist die *British Employers' Confederation*. Sie ist eine der wichtigsten Kontaktstellen sowohl zwischen der Regierung und der Privatwirtschaft, wie auch zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften.

Zu den Anstrengungen, die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern zu verbessern, gehört eine Bewegung, die, obwohl sie noch in den Anfängen steckt, in Großbritannien mehr und mehr an Boden gewinnt: es ist der Versuch, über verschiedene *Beteiligungsformeln* den Arbeiter über sein Lohneinkommen hinaus an der Entwicklung des Unternehmens materiell teilhaben zu lassen. Institutionell verkörpert sich diese Bewegung in der *Industrial Co-partnership Association*, die auf diesem Gebiet eine rege Tätigkeit entfaltet. Hinter der Idee der Beteiligung steht die Zielsetzung, durch die Schaffung eines *gesunden Betriebsklimas* die Arbeitnehmer den Einflüssen betriebsfremder, nicht

<sup>32</sup> Michael Shank, a. a. O., S. 81.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu: Central Office of Information, «Labour Relations and Conditions of Work in Britain», London, September 1960, S. 20.



zuletzt politischer Strömungen zu entziehen, um alle jene Probleme und Fragen, die sich aus dem Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer und überhaupt aus dem Zusammenleben einer Vielzahl von Menschen in einem Unternehmen ergeben, auf betrieblicher Ebene zu lösen; damit soll gleichzeitig der betriebliche Erlebnisbereich, der bei den Arbeitern zumeist nur an den engern Arbeitsplatz gebunden ist, geweitet werden; die Interessen sollen hinsichtlich der gesamtbetrieblichen Zusammenhänge gefördert und die wache innere Anteilnahme für die Ziele und Zwecke des Unternehmens unterstützt werden. Die Beteiligungsformen, die in den verschiedensten Variationen auftreten, werden mithin als *betriebliche Integrationsfaktoren* aufgefaßt. Selbst repräsentative Großunternehmen wie die ICI haben sich dieses Mittel zunutze gemacht; Chambers sagt zu diesem Aspekt unternehmerischer Sozialpolitik: «Much can be done to encourage the wage earners employed in a business to take an interest in and to help them to understand its economic aspects. This is one of the objects of the ICI-Profit Sharing Scheme, and in this respect it has been very successful.»

Ein Blick auf das freie Unternehmertum in Großbritannien wäre in einem wesentlichen Punkte unvollständig, wenn man nicht auf ein soziologisches Phänomen hinweisen würde, das mehr und mehr den Charakter des freien Unternehmertums verändert. Im Laufe des letzten Dezenniums ist eine «*Take-over-bit*»-Welle über das Vereinigte Königreich hinweggegangen, die nicht nur den Trend zu größeren Produktionseinheiten anzeigt, sondern die auch bewirkt, daß der Unternehmer als Leiter *und* Inhaber eines Betriebs ständig an Boden verliert. Die personelle Trennung von Besitz und Leitung, so wie sie sich in der Aktiengesellschaft — ausgenommen natürlich die Familienaktiengesellschaft — verkörpert, bringt auch eine Veränderung des Unternehmertyps mit sich, die sowohl auf die Betriebspolitik wie auf die Wirtschaftspolitik weitreichende Folgen zeitigt. Man könnte die in dieser Bewegung sich manifestierende soziologische Erscheinung schlagwortartig als den Zug vom Unternehmer zum Manager bezeichnen, der auf Grund der Trennung von Besitz und Leitung nicht mehr mit den gleichen betriebspolitischen Methoden arbeitet wie der Unternehmer im ursprünglichen Sinne. Hier zeichnet sich zugleich eine Wandlung in der Eigentumsordnung ab, die das freie Unternehmertum direkt berührt und die ein *James Burnham* zur Abfassung der «*Managerial Revolution*» angeregt hat, einer visionären Schau über die zukünftige Entwicklung der industriellen Gesellschaft<sup>34</sup>.

<sup>34</sup> James Burnham: «*The Managerial Revolution*», London 1942.